



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

L., W.: Die Sessions des italienischen Parlaments von 1867-1869.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die Session des italienischen Parlaments von 1867—1869.

Durch k. Decret vom 20. August ist die Session des italienischen Parlaments geschlossen worden, nachdem schon am 17. Juni Vertagung stattgefunden hatte, und seitdem die Frage nur die war, ob durch Schluß der Session oder durch die gründlichere Maßregel der Kammerauflösung eine parlamentarische Aera beendet werden sollte, deren Unfruchtbarkeit nachgerade erschreckend und für das Ansehen der parlamentarischen Institutionen in hohem Grad bedrohlich geworden war.

Schritt für Schritt läßt sich seit dem Tode Cavour's die Zerstückelung der großen Nationalpartei verfolgen, deren energischer Zusammenhalt allein den großen Staatsmann hätte ersetzen und den geregelten Gang der Staatsmaschine, die Erledigung der großen gesetzgeberischen Aufgaben hätte sichern können. Keiner seiner Nachfolger besaß Autorität genug, um die verschiedenen Elemente zusammenzufassen, deren innerliche Verschmelzung mit dem raschen Gelingen des Nationalstaates nicht hatte gleichen Schritt halten können. Man kann sagen, daß der Sieg allzuleicht erkämpft wurde; denn er ließ die Gefahr übersehen, die dem neuen Staat von inneren Gegnern drohte, die zu dessen Constituirung selbst unentbehrliche Mitarbeiter gewesen waren. Während die Demokratie, nicht gezügelt durch eine überlegene Autorität und des Antheils bewußt, den sie selbst am Einigungswerk hatte, zu einer gefährlichen Macht heranwuchs, gefährlicher außerhalb als innerhalb des Parlaments, erlahmte die Kraft der Regierungspartei, sie zersplitterte sich in Fractionen, deren Motive mehr landsmannschaftliche Eifersucht oder kleinliche persönliche Interessen als politische Principien waren. Der Schwung einer großen Regierungspolitik verlor sich in die unsicheren und unstäten Schwankungen kleiner Coterien.

Zwei große Ereignisse trugen dazu bei, diese Zersplitterung der Parteien zu vollenden: der Vertrag vom September 1864 und der Krieg von 1866: beides Ereignisse, welche die Vollendung des Einheitsstaats zu beschleunigen schienen, und deren nächste Folge gleichwohl nur eine Schwächung

des Staatsgefüges war. Durch den Septembervertrag wurde Italien von der letzten fremdländischen Besatzung befreit und gleichzeitig der Schwerpunkt der Monarchie aus der leitenden Provinz in die geographische Mitte des Reichs verlegt. Aber eben diese Verlegung der Hauptstadt warf Piemont, das bis dahin die Stärke des nationalen Staats gewesen war und allein von allen Provinzen parlamentarische Erziehung besaß, in eine krankhafte, unverföhnliche Opposition und isolirte die Männer der Consorterie, den eigentlichen Kern der Cavour'schen Partei, während das Attentat Garibaldi's auf Rom die unvermeidliche Folge hatte, das wichtigste Ergebniß des Septembervertrags, die Räumung Roms, wieder rückgängig zu machen. Der Krieg von 1866 vereinigte zwar Venetien mit dem Königreich, aber die Art, wie der Krieg geführt worden war, das nicht unverschuldete Unglück von Heer und Marine vereitelten zum großen Theil die Früchte der neuen Erwerbung, sofern die Staatsgewalt nicht gestärkt, sondern geschwächt und gedemüthigt aus dem Kriege hervorging. Das allgemeine Unbehagen warf sich schließlich auf die verantwortlichen Leiter des Staats. Während es nun galt, aufzubauen, wuchs umgekehrt die Lust am Demoliren. Die subversiven Parteien streuten eine reiche Saat von Anklagen und Verdächtigungen aus. Unter dem Schutz einer freisinnigen Gesetzgebung gewöhnte sich die Presse an jenen negativen Ton, welcher doch nur eine Nachwirkung des Systems der alten Regierungen war, denen gegenüber der Einzelne als geschworener Feind sich fühlen durfte. Selbst die Geheimbünde lebten in erneuter Stärke wieder auf, die Justiz sah sich zur Ohnmacht verurtheilt, und die erhöhten Anforderungen des Staats wurden als Mittel der Agitation benutzt, um den Geist einer Bevölkerung zu corruptiren, deren Staatsgefühl erst noch zu wecken war. Sank im Allgemeinen das Volk in Gleichgiltigkeit gegen die öffentlichen Dinge zurück, so blieben nur jene zersetzenden Kräfte in Action und es konnte nicht ausbleiben, daß sie sich allmältig auch des Parlaments selbst bemächtigten, wo inzwischen durch die Streitsucht der Parteien die größeren Gesetzgebungsarbeiten nicht über das Stadium von Projecten und und Gegenprojecten hinauskamen.

Erkennbar waren die Symptome aller dieser Uebelstände, die später noch ungleich schlimmer wurden, bereits damals, als Ricasoli am 13. Febr. 1867 sich entschloß, die im Jahre 1865 gewählte Kammer aufzulösen und an das Land zu appelliren. Jene Kammer hatte einen auf Ideen Minghetti's beruhenden Entwurf über die Liquidation der Kirchengüter zurückgewiesen, der die Befriedigung der finanziellen Bedürfnisse mit einer definitiven Regelung der Beziehungen von Staat und Kirche auf der Grundlage gegenseitiger Freiheit verbinden sollte. Allein dieser combinirte Plan der Minister Scialoja und Borghatti, welcher der Staatskasse binnen 4 Jahren 600 Mill. Fr.

einbringen sollte, erschien nicht vortheilhaft genug, und vor Allem fand man ihn zu conservativ, zu clerical, zu günstig für den Episcopat, dessen freie Mitwirkung angerufen werden sollte. So wurde das Project zu Fall gebracht, und seitdem hatte die Kammer ihre Zeit mit unerquicklichen, unfruchtbaren Discussionen verloren, denen Ricasoli durch die Auflösung ein Ende machte, während er gleichzeitig seine Collegen Scialoja und Borgatti der öffentlichen Meinung opferte. Am 10. März fanden die Neuwahlen statt, und am 22. März wurde die neue Kammer, deren Mandat in diesem Augenblick noch dauert, durch den König mit einer Thronrede eröffnet welche die Ordnung der Finanzen und die administrativen Reformen in dringender Weise als die Hauptaufgaben des Parlaments bezeichnete. Aber trotzdem, daß die neue Provinz Venetien fast ausnahmslos regierungsfreundlich gewählt hatte, war die Zusammensetzung der Kammer im Wesentlichen unverändert geblieben, es war eine starke Linke vorhanden, die zwar nicht die Mehrheit besaß, aber einer in sich zerklüfteten Rechten gegenüberstand. Ricasoli verzichtete in Kurzem darauf, mit dieser Kammer zu regieren, und in der Zweideutigkeit der Lage griff man zu dem Namen, welcher der gegebene Ausdruck einer zweideutigen Lage ist, zu Katazzi, der sich immer eine Stellung zwischen der Rechten und der Linken zu erhalten gewußt hat, nicht als ein Führer von überlegener Autorität über den Parteien, sondern als ein verschlagener Schiffsmann zwischen denselben hindurchsteuernd, ohne eigentliche politische Grundsätze im höheren Stil, aber jeden Augenblick bereit, die Aussichten eines kritischen Moments für sich auszunützen, und rasch entschlossen, es mit einer Kammer zu versuchen, deren unentschiedener Charakter seinem Talent der Intrigue den besten Spielraum bot. Für eine Politik, die eben nur für den nächsten Tag sorgte, ist man immer wieder auf den Advokaten von Alessandria zurückgekommen, obwohl noch jedesmal die Folgen einer solchen Politik warnend genug ausfielen. Denn jede Amtsführung Katazzi's war wie durch ein Verhängniß mit einem nationalen Unglück bezeichnet. Novara wie Aspromonte sind mit seinem Namen verknüpft, und diesmal hieß das Unglück Mentana. Die frivole Mißachtung eines internationalen Vertrages, der schon darum nicht ungestraft verkehrt werden konnte, weil er mit einem Stärkeren abgeschlossen war, eines Vertrages, der vor Allem Geduld und Treue verlangte, dann aber unzweifelhaft die Lösung eines Problems erleichtern mußte, das nun einmal weder mit List noch mit Gewalt zu lösen ist, rief nicht nur die Franzosen in die ewige Stadt zurück, sondern warf Italien wiederum in eine jener heftigen Krisen, welche immer wieder eine unglückliche Stockung in die Arbeit der inneren Befestigung des Königreichs bringen, die Kräfte in unfruchtbaren Discussionen erschöpfen und die Gehässigkeit des Parteitreibens schärfen. Inzwischen war unter dem

Ministerium Ratazzi die Kirchengüterangelegenheit wenigstens zu einem vorläufigen Abschluß gediehen. Zwar hatte der Vertrag, den der Finanzminister Ferrara mit dem Haus Erlanger abschloß, und der binnen vier Jahren dem Staatsschatz 430 Mill. auf die Kirchengüter einbringen sollte, — so herabgemindert waren bereits die Schätzungen des Ertrags aus diesem Geschäft — den Beifall der Kammer nicht gefunden, und Ferrara hatte seine Entlassung nehmen müssen, sein Portefeuille an Ratazzi überlassend, der keinen anderen Finanzminister aufzufinden vermochte. Aber der weit radicalere Entwurf, den die Commission ausgearbeitet hatte, fand endlich die Mehrheit, trotzdem die Conserverie den Entwurf als zu brutal lebhaft bekämpft hatte und auch die Linke unzufrieden darüber war, daß der Ertrag nunmehr nur noch auf 400 Mill. angeschlagen wurde. Denn das Gesetz vom 28. Juli 1867 ermächtigte den Minister, so viele Obligationen auf die Kirchengüter auszugeben, als zur Realisirung einer effectiven Summe von 400 Mill. erforderlich wären. Diese Obligationen, zu 5 Proc., sollten bei dem künftigen Verkauf der Güter al pari angenommen werden. Es kam nun nur darauf an, die Obligationen unterzubringen, und das war die schwache Seite des Entwurfs. Denn als am 27. October in Folge der Ereignisse im Kirchenstaat und der neuen französischen Expedition nach Rom das Ministerium Menabrea ins Amt trat, waren von jenen 400 Mill. kaum 1½ Mill. gezeichnet.

Es war eine wenig beneidenswerthe Erbschaft, die das neue Ministerium antrat. Schon die Art seiner Ernennung — während der Vertagung und ohne daß ein Votum der Kammer mitgewirkt hätte — bereitete ihm eine schwierige Stellung. Es hatte die undankbare Aufgabe, die Thatsache der erneuten Besetzung Roms hinzunehmen, während im Uebrigen die aus dem Septembervertrag fließenden Verpflichtungen in Kraft blieben und namentlich in Betreff der Zahlung der päpstlichen Schuld Frankreich unerbittlich war. Die extremen Parteien, die so eben ihre Unfähigkeit glänzend bewiesen hatten, beeilten sich, dadurch Rache zu nehmen, daß sie die Minister als Vasallen des Tuilerienkabinetts herunterrißen, obwohl die Erklärungen Menabrea's zeigten, daß er um keinen Fußbreit von der Linie des nationalen Programms abwich und die später veröffentlichte diplomatische Correspondenz urkundlich erwies, daß das Ministerium, sobald es sich fest fühlte und Vertrauen in seine Loyalität beanspruchen zu können glaubte, sofort Versuche gemacht hatte, die Wiederräumung des Kirchenstaats zu erwirken und Frankreich zum Rückzug auf die Stipulationen des Septembervertrags zu bewegen, was freilich Napoleon schon aus dem Grund nicht zugestehen konnte, weil er es angehts der bevorstehenden Wahlen in Frankreich nicht mit der clericalen Partei verderben durfte. Das neue Ministerium sollte vor Allem ein Ministerium der Loyalität sein, und dies war nach der Amtsführung Ratazzi's auch das

Allerdingendste. Es galt, den Credit der Regierung wiederherzustellen, nach außen ebenso wie nach innen. Dabei kam ihm die conservative Nuance zu Statten, die es durch den Namen des neuen Ministerpräsidenten erhielt, welcher einst im subalpinischen Parlament entschieden zur Rechten gehört, aber sich dann allerdings ganz der Cavour'schen Politik angeschlossen hatte, die er nun nach allen Beziehungen fortzusetzen entschlossen war. Denn was von reactionären Tendenzen der neuen Minister alsbald in der Presse der Opposition zu lesen stand, war eitel Parteierfindung; niemals konnte dafür der Schatten eines Beweises beigebracht werden, obwol bis in die neueste Zeit und in immer verstärkter Weise eine liebenswürdige Localpresse sich in Verbreitung abenteuerlicher Gerüchte gefiel, als ob das Ministerium mit freihheitsmörderischen Staatsstreichgedanken umgehe und nach dem Blut der Bürger dürste.

Die Frage war, wie das Ministerium Menabrea sich zu einer Kammer stellen werde, die eben noch eine Stütze Ratazzi's gewesen war. Der Anfang verhieß wenig Gutes. Als die Kammer, die am 20. August vertagt worden war, am 5. December wieder zusammentrat, stürzte sie sich — wie dies nach Mentana zu erwarten stand — in eine jener unfruchtbaren Debatten über die römische Frage, deren Mittelpunkt diesmal die Erörterung von Ratazzi's Haltung bildete. Vierzehn Tage dauerte dieses Wortgefecht, und am Ende wurde die Tagesordnung, die das Ministerium als ein Vertrauensvotum zu acceptiren bereit war, mit geringer Mehrheit verworfen. Menabrea reichte seine Entlassung ein, wurde jedoch sofort mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt und trat, nachdem die Versuche, mit den frondirenden Parteien anzuknüpfen, gescheitert waren, mit nicht erheblichen Veränderungen am 11. Januar 1868 wiederum vor die Kammer. Neben Menabrea blieb der Finanzminister Cambrai-Digny, der vormalige Gonfaloniere der Stadt Florenz, der nunmehr seine Finanzpläne vor dem Lande zu entwickeln hatte.

Am 20. Januar legte der Minister sein Exposé vor. Die Hauptpunkte seines Programms, um das Deficit der Jahre 1866—1868 zu decken, das er auf 630 Mill. anschlug, und das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben herzustellen, waren folgende: zunächst die Einführung neuer Steuern, darunter besonders der Mahlsteuer, die schon von Sella versucht und von Ferrara beabsichtigt war; ferner die Reform einiger bestehenden Steuern, damit zusammenhängend Aenderungen in der Tabaksregie; dann Reformen in der Central- und Provinzialverwaltung, durch welche der Dienst vereinfacht und decentralisirt, und andererseits die Autorität der Behörden gehoben werden sollte; sodann Uebergang des Dienstes der Staatskasse an die Nationalbank und endlich die Betrauung der Gemeinden mit der Erhebung der directen Steuern. Nicht mit großen Erwartungen hatte man der Amtsführung des

neuen Finanzministers entgegengesehen, der kein eigentlicher Finanzmann war. Dennoch gelang es ihm, durch rückhaltlose Offenheit und den Ernst seiner wiederholten Darlegungen bald eine gewisse Autorität zu erlangen. Die Nothwendigkeit, entscheidende Maßregeln zu ergreifen, wenn der Bankerott abgewendet werden sollte, machte sich allgemein geltend. Man war der ewigen Ministerveränderungen müde und war auch davon überzeugt, daß der Weg der fortgesetzten Anleihen durch Ausgabe von consolidirter Rente verlassen werden müsse, wenn der Credit des Landes nicht immer tiefer geschädigt werden sollte. Im Lande regte sich endlich die gemäßigte Partei, in mehreren oberitalienischen Städten wurden Versammlungen veranstaltet, welche das Parlament an die Pflicht erinnerten, das Land vor der Schmach des Bankerotts zu bewahren und zugleich die opferwillige Mitwirkung des Volkes betheuerten. In der Kammer selbst gewann das Ministerium sichtlich an Boden, und wirklich waren die Verhandlungen des Jahres 1868 — sie dauerten vom 11. Januar bis zum 31. August und wieder vom 25. November bis 22. December — verhältnißmäßig reich an Ergebnissen. Es war die fruchtbarste Session, deren ein Finanzminister des neuen Königreichs sich rühmen konnte.

Die Debatte über die Wahlsteuer nahm dadurch eine glückliche Wendung, daß im Laufe derselben die sogenannte dritte Partei unter Führung von Bargonì, Mordini, Correnti u. A., eine weniger durch ihre Zahl als durch ihre Talente einflußreiche Partei und bei dem Verhältniß der Parteien immerhin ein erheblicher Zuwachs, ihren Uebergang zur ministeriellen Partei vollzog, unter der Bedingung, daß das Ministerium auf ihre Ideen in der Verwaltungsorganisation einging. Am 21. Mai wurde die Wahlsteuer und mit ihr zwei andere neue Steuern genehmigt und später ein Zuschlag von 10 Proc. zu den directen Steuern votirt. Wurde auch das Project einer allgemeinen Einkommensteuer wieder aufgegeben, und der Vorschlag des Ministers, die auswärtigen Staatsgläubiger von der Couponsteuer auszunehmen, verworfen, so wurden doch im Uebrigen seine Steuerpläne gutgeheißen. Im Ganzen hatte die Kammer 140—150 Mill. neuer Steuern bewilligt und damit ihren entschiedenen Willen, für Herstellung des Gleichgewichts mitzuwirken, documentirt. Und kaum hatte der Minister diesen Triumph errungen und damit seine Stellung befestigt, so wandte er sich den anderen Theilen seines Programms zu. Die Basis seines Finanzplans bildete das Tabaksgeschäft. Hatte eine Operation auf die Kirchengüter immer das Mißliche, daß man hier einem schwer zu schätzenden Object gegenüberstand, so bot dagegen eine Operation auf das Tabaksmonopol den Vortheil, daß der Ertrag fast bis auf Heller und Pfennig sich berechnen ließ. Man hatte hier einen soliden, sicheren Gewinn und der Gewinn mußte sich zugleich fortwäh-

rend steigern, wenn das Geschäft, wie dies auch volkwirtschaftlich sich empfahl, in die voraussichtlich rationellere Behandlung durch Privathände übergang. Schon wenige Tage nach jenem günstigen Votum über die Steuergesetze schloß Cambray-Digny mit einer Anzahl italienischer und ausländischer Handelshäuser einen Vertrag über die Bildung einer Actiengesellschaft ab, welche für 20 Jahre die Ausnutzung des Tabakmonopols (Anfertigung, Kauf und Verkauf) in Pacht nehmen und der Regierung sofort 180 Mill. als Vorauszahlung und 50 Mill. als Entschädigung für die vorhandenen Vorräthe zur Verfügung stellen sollte. Und am 8. August wurde, nachdem einige von den Abtheilungen der Kammer gewünschte Modificationen angebracht waren, der Vertrag genehmigt, jedoch nicht ohne lebhaftes Bekämpfung von Seiten der Conforterie sowohl als der Piemontesen, und nur mit geringer Mehrheit. Auch der Gesetzentwurf, der die Erhebung der directen Steuern nach dem sogenannten lombardischen System den Gemeinden überträgt, wurde von der Kammer genehmigt, und ferner der Beschluß gefaßt, den mit Zwangscours umlaufenden Banknotenbetrag auf 750 Mill. zu reduciren. So konnte man, als die Kammern am 31. August vertagt wurden, auf eine geschäftreiche und fruchtbare Session zurückblicken. Ministerium und Kammer hatten sich an gemeinsame Arbeit gewöhnt und es war nicht bloß für die finanziellen Bedürfnisse des Augenblicks gesorgt, sondern ebenso waren eingreifende Maßregeln, die eine allmältige Besserung der Finanzlage überhaupt versprachen, durchgesetzt. Am 25. November trat die Kammer wieder zusammen und nichts schien im Wege zu stehen, daß nunmehr der Entwurf der Verwaltungsreorganisation energisch in Angriff genommen würde. Wirklich konnte am 20. December die Generaldebatte über den Entwurf geschlossen werden; aber die Anträge der Opposition wurden mit starker Mehrheit verworfen und eine von der Regierung acceptirte Tagesordnung angenommen. Zuvor noch hatte die Hinrichtung der beiden politischen Verbrecher in Rom, Monti und Tognetti, eine kleine politische Episode veranlaßt. Als aber trotz der hierdurch veranlaßten Aufregung der Antrag der Linken, die Zahlung der päpstlichen Schuld zu suspendiren, am 21. December nach lebhafter Debatte verworfen wurde, schien das Ministerium fester denn je zu stehen, und das Jahr 1868 schloß mit den günstigsten Aussichten für die Zukunft.

Um so schlimmer ließ sich gleich der Anfang des neuen Jahres an. Der 1. Januar war der Tag der Einführung der Mahlsteuer. Zum Unglück waren an diesem Termin die mechanischen Zähler, die zu diesem Zweck in den Mühlen anzubringen waren, noch nicht fertig geworden. Und doch wollte der Minister die Erhebung einer Steuer nicht hinauschieben, die mit ihrem muthmaßlichen Ertrag von 70—80 Mill. einen wesentlichen Theil seines Finanzplans bildete. Man half sich mit provisorischen Anordnungen,

es gab Irrungen, die Behörden verfahren mit Ungeschick und dadurch wurde im Volk die alte Abneigung gegen diese Steuer wieder lebendig, die noch überdies von den staatsfeindlichen Parteien nach Kräften ausgebeuet wurde. Die Folge waren mehr oder weniger ernste tumultuarische Ausbrüche in einer Reihe oberitalienischer Städte, zumal in den Provinzen Parma und Bologna. Im Süden war die Einführung der Steuer auf keinen Widerstand gestoßen, weil man hier seit alten Zeiten an die Wahlsteuer gewöhnt war, die zwar von Garibaldi abgeschafft, seitdem aber meistens von den Gemeinden für ihre eigene Rechnung wieder eingeführt worden war.

Diese Unruhen wären indessen bald wieder vergessen gewesen, wenn sie nicht ihr unvermeidliches Nachspiel im Parlament gehabt hätten. Als die Kammer am 21. Januar wieder zusammentrat, war das Erste eine Interpellation der Linken, die sich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, wieder eines jener mehrtägigen Wortgefechte aufzuführen, die nun einmal einen ungleich größeren Reiz für sie besitzen, als die Behandlung von Geschäften, und die, was schlimmer ist, durch die unvermeidliche Nachwirkung des Parteigegänkts auf geraume Zeit die Behandlung von Geschäften unmöglich machen. Uebrigens fehlte es auch von Seite der Rechten nicht an scharfem Tadel. Denn an jenen Tumulten entzündete sich auch in der Kammer wieder die ganze Opposition gegen die Wahlsteuer überhaupt, unversöhnlich zeigte sich besonders die Gruppe der Piemontesen unter Lanza und Sella. Und wenn auch schließlich am 27. Januar hauptsächlich durch die Unterstützung der dritten Partei eine Tagesordnung angenommen wurde, welche Cambrai-Digny als eine Indemnitätsbill acceptirte, so war doch mindestens viel Zeit verloren, die Unlust an positiven Arbeiten gesteigert, die günstige Stimmung des vorigen Jahres verfliegen. Die Sitzungen waren leerer als je, und als die unvermeidlichen Carnevalsferien eintraten, war nichts als lediglich jene Debatte über die Wahlsteuertumulte fertig gebracht worden.

Am 16. Februar trat die Kammer wieder zusammen. Es sollte jetzt mit Energie gleichzeitig an die Berathung des Budgets und an die Specialberathung des Verwaltungsgesetzes gehen. Abwechselnd sollten die Sitzungen dem einen und dem andern Gegenstand gewidmet sein. Aber langsam rückten die Debatten vor, und je näher man den Hauptpunkten der Verwaltungsreform kam, um so zweifelhafter wurde es, ob überhaupt eine Mehrheit für eine so bedeutende Gesetzesarbeit zu Stande kommen werde. Das Ministerium hatte den Entwurf von Bargonì (dritte Partei) adoptirt, dessen wesentlichster Punkt die Aufhebung der Unterpräfecturen war. An Stelle dieser sollten nach dem Muster der vormaligen Verwaltung im lombardisch-venetianischen Königreich Regierungsdelegationen für kleinere Bezirke von 40—50.000 Seelen treten, mit denen auch die bisherigen kostspieligen Finanzämter ver-

bunden werden sollten. Zu diesem Entwurf stellte nun Peruzzi (von der Consorterie) noch einen eingreifenden Antrag, der dahin zielte, die Provinzialräthe von den Präfecten unabhängig zu machen, und dadurch ein praktischer Anfang der Decentralisation sein sollte. Aber obwohl Decentralisation hier wie überall längst ein von allen Parteien im Munde geführtes Wort war, so scheute man doch jetzt vor dem ersten ernstesten Versuch der Verwirklichung zurück, und nach langen fruchtlosen Verhandlungen gelang es der Linken, einen Antrag auf Vertagung des Vorschlags durchzusetzen, was geradezu einer Bankrotterklärung der Kammer gleich kam. Schon in diesem Augenblick konnte der Ernst der Lage Niemand entgehen. Die Kammer hatte ihre gänzliche Unfähigkeit bewiesen; sie hatte weder den Willen noch das Selbstvertrauen, eine solche Gesetzesarbeit durchzuführen, sie wußte überhaupt nicht, was sie wollte. Die wichtigen Fragen zu vertagen, hatte sich als ein überaus bequemes Mittel empfohlen. Als die Verhandlungen fortgesetzt wurden und man an den Punkt der Delegationen kam, vertagte man diesen Punkt ebenso wie man es mit dem Antrag Peruzzi's gethan hatte, und am 12. April wurde die Berathung des ganzen Gesetzes abgebrochen, und zwar auf den Wunsch des Ministers Cambrai-Digny, der, müde des grausamen Spiels, daran verzweifelte, mit dieser Kammer etwas in Stand zu bringen.

Dringlicher war aber die Finanzfrage. Vielleicht, daß der Minister hier eine günstigere Stimmung fand und auf den Resultaten des vorigen Jahres fortzubauen im Stande war. Um die Abschaffung des Zwangscurses der Banknoten herbeizuführen und das Kirchengütergeschäft in Fluß zu bringen, hatte Cambrai-Digny im März einen neuen Vertrag mit Rothschild abzuschließen versucht, war aber gescheitert und verzichtete nunmehr auf die Heranziehung des ausländischen Capitals. Am 21. April trat er mit einer neuen Finanzdarlegung vor die Kammer, auf deren Grund er folgende Operationen vorschlug: 1) sollte der Verkauf der Kirchengüter, der unter der Initiative der italienischen Creditbank gebildeten *banca dei beni domaniali* übertragen werden, und diese die Summe der noch übrigen 300 Mill. vor-schußweise leisten. Es waren nämlich von dem Gesamtbetrage von 400 Mill. allmählig doch 100 Mill. Obligationen vertrieben worden; trotz der Zahlung der Zinsen in italienischem Papiergeld hatte sich seit Cambrai-Digny's Geschäftsführung der italienische Staatscredit nicht unbeträchtlich gehoben; für die übrigen 300 Mill. aber, deren Vertrieb jetzt bei dem bis auf 85 gestiegenen Cours ins Stocken gerieth, sollte nun das Pauschalgeschäft mit der Domänengüterbank helfen; 2) sollte der Dienst des Staatsschatzes der Nationalbank übertragen und mit der letzteren die Bank von Toscana verschmolzen werden. Endlich aber verlangte der Minister 3) die Ermächtigung zu einer Zwangsanleihe von 320 Mill. Fr.

Um für diese Finanzoperationen eine Kammermehrheit zu erlangen, versuchte das Ministerium zunächst eine Operation im Parteiwesen der Kammer, die, wiederholt versucht, immer an der Unversöhnlichkeit der Gemüther gescheitert war, jetzt aber angefißt der Finanznoth und angefißt der bedrohlichen Stockung der parlamentarischen Arbeiten eine letzte Anstrengung herausforderte. Es handelte sich um nichts Geringeres als um die Versöhnung der grollenden Piemontesen. Keine der frondirenden Parteien hatte mehr geschadet als diese; aus Groll über die Verlegung der Hauptstadt hatten die von Hause aus conservativen Piemontesen, welche bis zum Herbst 1864 ein Hauptbestandtheil der ministeriellen Partei gewesen waren, ein unnatürliches und unmoralisches Bündniß mit der Linken abgeschlossen. Sie hatten nicht nur aus Haß gegen die Hauptstadt Florenz in das unvernünftige Geschrei *Roma capitale* eingestimmt, sondern außerdem auch in allen inneren Fragen den seither gefolgten Ministern hartnäckige Opposition gemacht. Kein Appell an den Patriotismus hatte die Verbitterung zu überwinden vermocht, welche die Hauptschuld an der unerquicklichen Zerklüftung der Parteien trug. Wenn *Cambrai-Digny* die Versöhnung der „Permanenten“ gelang, so war dies offenbar ein Erfolg von entscheidender Bedeutung, die Bedingung späterer Erfolge. Schon als er sein neuestes Exposé der Kammer vorlegte, hatten vertrauliche Verhandlungen mit den Führern der Permanenten begonnen, selbstverständlich nicht ohne daß man ihnen einen Antheil an der Regierung in Aussicht stellte. Wirklich kamen sie diesmal dem Wunsch einer Verständigung entgegen, sie schienen ihrer bisherigen Rolle überdrüssig, von der Mitwirkung zur Herstellung einer geordneten Finanzverwaltung wollten sie sich nicht länger ausschließen, vielleicht trug auch noch das in derselben Zeit entdeckte mazzinistische Complot zu Mailand bei, ihnen über ihr Coquettiren mit der Linken das Gewissen zu schärfen — kurz, Ende April erfuhr man, daß die Verhandlungen mit dem Turiner Advocaten Ferraris, dem parlamentarischen Führer der Permanenten, zum Abschluß gediehen seien. Die Ausöhnung wurde besiegelt durch die Neubildung des Ministeriums vom 13. Mai, dessen Zusammensetzung die Union aller Parteien der Rechten darstellen sollte. Denn auch die dritte Partei sollte jetzt für ihre Unterstützung des Ministeriums *Menabrea* belohnt werden, und selbst für die seit dem Septembervertrag von 1868 verfehmten Männer der Consorterie schien die Zeit gekommen, wieder an den Geschäften Theil zu nehmen. Es war wirklich das sprechendste Symbol der wiedergefundenen Eintracht, wenn Ferraris, das Haupt der Permanenten, in Einem Cabinet saß mit *Minghetti*, der jenen Vertrag über die Verlegung der Hauptstadt abgeschlossen und damit den Ausbruch des Turiner Municipalgeißs veranlaßt hatte; *Menabrea* behielt das Auswärtige, wie *Cambrai-Digny* die Finanzen. Ferraris erhielt das Mi-

stertum des Innern. Von der dritten Partei traten ein Bargoni und Mor-dini, jener für den Unterricht, dieser für den Handel. Minghetti übernahm das Ministerium des Ackerbaus und der öffentlichen Arbeiten. So schien die alte Mehrheit zunächst in den Führern wiederhergestellt und man durfte auch in der Kammer auf eine compacte Regierungspartei gegenüber der eigentlichen Linken und damit auf eine rasche Förderung der gesetzgeberischen Arbeiten rechnen.

Diese Hoffnung wurde rasch zertrümmert. Die Zersekung der Parteien war doch tiefer, als daß ein Compromiß von Führern mit einemmal den schlimmen Nachwirkungen hätte Einhalt thun können. Zunächst zeigte es sich, daß nicht alle Piemontesen ihren Führer bei seiner Schwenkung begleiteten. Einige blieben unverföhnlich, wie es im Ganzen die Turiner Municipalpresse blieb; Lanza stellte sich ironisch bei Seite und spottete, die scheinbare Versöhnung sei nur eine neue Zweideutigkeit. Aber auch auf der Rechten war die Freude über den Eintritt der Permanenten in das Ministerium gemischter Natur. Man begriff nicht, wodurch die bisher Grollenden solches verdient hätten. Die Persönlichkeit von Ferraris flößte wenig Vertrauen ein; zumal ein so wichtiges Ministerium wie das des Innern, sah man ungern in den Händen eines Mannes, dessen Ministerrede weder über die bisherige noch über die künftige Haltung der Piemontesen genügende Aufklärungen gab. War man einverstanden mit der Aussöhnung, so war man es nicht ebenso mit der Art und Weise, wie sie ins Werk gesetzt wurde, ohne ein klar definiertes Programm und durch die Zusammensetzung eines ungleichartigen Kabinetts. Die ausgeschiedenen Minister waren mißvergnügt und besaßen ihren Anhang; die Consortorie ihrerseits war unzufrieden, daß Minghetti, dem sie als einem alten Mitarbeiter Cavour's das Auswärtige zugebracht hatte, sich mit einem verhältnißmäßig untergeordneten Portefeuille begnügen mußte. Kurz, der offizielle Jubel verstummte bald. Eine kleinliche Personenfrage — dies war doch schließlich die praktische Pointe des großen Versöhnungsfestes gewesen. War es auch den neuen Ministern unzweifelhaft Ernst mit ihrer gemeinsamen Aufgabe, so fehlte es ihnen doch an der nöthigen Autorität über die Kammer, in welcher in der That nichts verändert war. Cambray-Digny sollte darüber in Bälde belehrt werden.

Am 24. Mai legte er der Kammer seine vielgenannten drei Conventio-nen vor: 1) wegen der Uebertragung des Schatzdienstes an die Nationalbank und die Bank von Toscana; 2) wegen Verschmelzung dieser beiden Banken; 3) den Vertrag mit der Staatsgütergesellschaft zur Uebernahme des Kirchengütergeschäfts. Die Stimmung der Kammer war sofort die feindseligste. Am 1. Juni wies das Privatcomité nach eintägiger Sitzung die Vorschläge Cambray-Digny's zurück, es wurde ein Ausschuß gewählt, der fast nur Mit-

glieder der Opposition enthielt, und am 15. Juni beantragte auch der Ausschuß die Verwerfung der Conventionen. Zwei Tage darauf erfolgte die Vertagung. Positive Gegenvorschläge waren, wie immer, von der Opposition nicht gemacht worden. Offenbar war die schroffe Haltung wesentlich der Ausfluß einer allgemeinen Abneigung gegen die Bankinstitute, deren wachsende Bedeutung man fürchtete und deren Gewinn man mißgönnte, aber ohne daß man Mittel und Wege wußte, wie der Staat bei seinen dringlichen Vorschußgeschäften billigere Bedingungen erhalten könne.

Es war nicht bloß die Verwerfung der ministeriellen Finanzpläne, welche die Vertagung der Kammer herbeiführte, sie wurde geradezu unausschiebbar durch die inneren Vorgänge, welche den Saal der Fünfhundert in den letzten Wochen ausschließlich beschäftigt hatten. Die Beschuldigung gegen einige Abgeordnete der Rechten, daß sie in der Tabaksregieangelegenheit ihr Votum für den von der Regierung vorgelegten Vertrag verkauft und in unrechtmäßiger Weise sich an dem Geschäft betheiligt hätten, eine Beschuldigung, die zuerst in der radicalen Winkelpresse auftauchte, und hier mit gerichtlicher Verurtheilung beantwortet, dann aber mit Berufung auf gestohlene Privatpapiere von Abgeordneten in die Kammer selbst gebracht wurde, das geheimnißvolle Attentat auf den Abgeordneten Major Robbia, über das die gerichtliche Untersuchung erst noch die Wahrheit an den Tag bringen soll, die unüberlegte Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungscommission und deren zweideutige Entscheidung, die abenteuerlichen Sensationserfindungen der Presse und die politischen Zweikämpfe — alle diese peinlichen Vorgänge, die noch in frischer Erinnerung sind, legten klar vor Augen, wie weit es mit einer Landesvertretung gekommen war, die sich, einer autoritätvollen Leitung entbehrend, lieber in Scandalgeschichten privater Natur vertiefte, als mit ernstem Willen an der Heilung der Schäden des Staatswesens betheiligte. Auf der einen Seite hatte sich ein Fanatismus der Verfolgungssucht und Verleumdung, auf der andern ein Mangel an moralischem Muth gezeigt, welche im Interesse der Kammer selbst und der schwer geschädigten parlamentarischen Einrichtungen die Schließung der traurigen Bühne verlangten. Auf diese Vertagung folgte am 20. August der Schluß der unerquicklichen fruchtlosen Session.

Und was nun? Noch ist über die Ergebnisse der zahlreichen, seither gehaltenen Ministerberathungen nichts Zuverlässiges in die Oeffentlichkeit gelangt. Noch bleibt abzuwarten, mit welchen Entwürfen und Vorlagen die Regierung bei Eröffnung der neuen Session hervortreten wird. Darin stimmt Alles überein, daß das dringendste Bedürfniß ist, das Ansehen der Regierung und der Gesetze zu heben. Durch welche Mittel aber dies geschehen soll, darüber scheint in dem wenig homogenen Ministerium schwer eine Einigung

zu erzielen. Inzwischen hat der Justizminister Pironti einige Verordnungen erlassen, welche zeigen, daß die Minister, durch den Strike der Kammer im Stich gelassen, ihrer Verantwortlichkeit gegenüber dem Lande wohl bewußt sind. Ein Rundschreiben an die Justizbehörden fordert zu strenger Handhabung des Gesetzes bei Preßvergehen auf und einige Mitglieder des Richterstandes in Mailand und Bergamo sind auf dem Verordnungswege auf andere Posten versetzt worden, weil sie sich bei der Instruirung von politischen Prozessen schwach und unzuverlässig gezeigt hatten. Damit ist die Hand an zwei der allerwundesten Flecke gelegt. Die Rechtspflege ist bei Verbrechen politischer Natur vielfach geradezu illusorisch geworden. Von Mordthaten, die auf politischen Motiven beruhen, bleiben die meisten unentdeckt, viele unbestraft; schon weil in der Regel Zeugenverhöre nicht herzustellen sind. Es hängt dies zusammen mit jenem Mangel an moralischem Muth, der vor Allem den gemäßigten Elementen der Gesellschaft anhaftet. Auch in Italien wird das Bürgerthum erst durch Schaden belehrt werden, daß ein freisinniges Staatswesen die höchsten Anforderungen an den Bürgermuth stellt, wenn es nicht den anarchischen Parteien anheimfallen soll. Im absoluten Staat sorgt die Behörde für den Bürger, im freien Staat muß er selbst für sich sorgen und sich seiner Haut wehren. So fehlt es auch noch ganz an einer energischen Gegenwirkung gegen die kleine Skandalpresse, die in der That in Italien einen äußersten Grad von Frechheit und Niedrigkeit erreicht hat und bei einem so leicht entzündlichen, dem albernsten Gerede zugänglichen Volk doppelt corrumpirend wirkt. Daß wenigstens die bestehenden Gesetze mit Strenge angewendet werden, ist das Mindeste, was im Interesse der Selbsterhaltung der Gesellschaft geschehen muß. Und nicht Wenige sind der allerdings bedenklichen Meinung, daß das Preßedikt vom Jahr 1848 unzureichend sei und durch ein neues Gesetz ersetzt werden müsse, das insbesondere den Begriff der Verantwortlichkeit — den Gesetzen in anderen constitutionellen Ländern entsprechend — schärfer definirte und den Behörden in Fällen von systematischer Schmähung der Staatseinrichtungen einen weiteren Spielraum gewährte.

Wie die radicale Presse über diese ersten Symptome einer Ermannung des Ministeriums herfiel und im Besonderen über die „abtrünnigen Ver-räther“ — Pironti war einst nebst den Poerio an die bourbonischen Galeeren geschmiedet — läßt sich denken. Allein im Ministerium selbst kamen bei diesem Anlaß innere Differenzen zu Tag und konnten nur mit Mühe beigelegt werden. Ebenso gingen die Meinungen über die Opportunität der Kammerauflösung auseinander, die von Ferrara als dem hierbei zunächst beteiligten Minister bis jetzt energisch bekämpft wurde, obwohl an ein ge-deihliches Zusammenwirken mit der gegenwärtigen Kammer nicht mehr zu

denken ist. Auch andere Vorschläge, die in dieser Krisis aufgetaucht sind, hatten unter der Unschlüssigkeit eines disparaten Ministeriums zu leiden. Cambrai-Digny wollte einige Gesetze, die ihm dringlich schienen, aber noch nicht sämtliche Stadien durchgemacht hatten, provisorisch auf dem Verordnungswege promulgiren, mit dem Vorbehalt späterer Indemnität, so das Gesetz über die veränderte Steuererhebung, das von der Kammer, aber noch nicht vom Senat genehmigt ist, und das Verwaltungsgesetz, so weit es von der Kammer berathen wurde. Ein anderes Project, das erörtert wurde, ist dies: die Zahl der Abgeordneten, von denen in der Regel die Hälfte durch Abwesenheit glänzt, zu vermindern und dagegen das jetzt bestehende Wahlrecht erheblich auszudehnen, um damit die Masse des Volks mehr als bisher für das öffentliche Leben zu interessiren. Auch die Art und Weise, wie große Gesetzgebungsarbeiten vom Parlament behandelt werden, ist dringend einer Reform bedürftig. Die in ermüdender Weise fast ununterbrochen fortdauernden Sessionen sind darum so ergebnislos, weil die Grenzen der parlamentarischen Action ganz falsch gezogen sind. Es ist fast unvermeidlich, daß Gesetzesvorlagen scheitern, die aus 200 Paragraphen bestehend zur Detailberathung einer Kammer von 400 Mitgliedern überantwortet werden, welche zum großen Theil aus Advocaten zusammengesetzt ist, deren Streitlust und ungehemmter Redeschwall jeden Morgen aufs Neue beginnt.

Freilich ist vorauszusehen, daß alle diese oder andere Mittel, zu denen das Ministerium greifen mag, wenig nützen oder wenigstens keine gründliche und rasche Heilung herbeiführen werden. Jahrzehnte lang wird Italien noch an den Finanz- und Verwaltungsalamitäten dieser Uebergangszeit laboriren, denn sie beruhen auf Ursachen, die, wie sie nicht plötzlich eingetreten sind, auch nicht plötzlich verschwinden können. Bis jetzt ist das constitutionelle Regiment, das alle Entscheidungen von wechselnden Majoritäten abhängig macht und überdies unendlich verzögert, eher ein Hinderniß als ein Mittel der inneren Consolidirung gewesen. Nur die Zeit vermag dem Volk allmählig die politische Reife zu geben, die zu einer parlamentarischen Regierungsweise befähigt. Das Volk ist zum Herrn seiner Geschicke geworden, zu einer Zeit, da noch alle Grundbedingungen dafür fehlten, und die heutige Lage Italiens mit dem Bankerott seines Constitutionalismus, den doch immer die Volksvertretung selbst verschuldet, wäre eine wahrhaft trostlose, wenn nicht neben dem politischen Italien, das so widerliche Scenen in den letzten Monaten aufwies, ein anderes Italien existirte, das, um das öffentliche Leben nur allzuunbekümmert, ruhig seinen Geschäften lebt, das arbeitet, und so in der Stille in kleinen Bruchtheilen die Elemente jenes Nationalwohlstandes sammelt, der nicht durch Finanzgesetze hervorgerufen werden kann, sondern erst die Basis einer gesunden Finanzpolitik werden wird. Die Existenz des

Nationalstaats selbst ist bei all diesen Calamitäten gar nicht in Frage. Für sämtliche Parteien ist die Einheit selbstverständliche Voraussetzung, und Niemand denkt daran, daß sie durch die häufig wiederkehrenden inneren Krisen gefährdet werden könnte. Niemals sind in dem heftigen Krieg der Parteien Bestrebungen hervorgetreten, deren Ziel die Auflösung der Staatseinheit wäre. Es gibt keine Partei der Depossedirten. Wohl zeigt die Skandalpresse ein Temperament, das selbst uns Deutschen, die wir doch seit drei Jahren an Starres gewöhnt sind, unerhört erscheint. Allein auch für die äußersten Parteien in Italien gibt es eine Grenze, wo ihnen das Bewußtsein der nationalen Ehre wiederkehrt. Es kommt ihnen zu statten, daß am Werk der Wiedergeburt ihre Häupter activ theilhaftig sind und diese Erinnerungen würden wieder durchschlagen, sobald eine große Gefahr im Anzuge wäre; vollends aufs äußerste verächtlich erschiene es, im inneren Kampf der Parteien auf auswärtige Freundschaften oder Eventualitäten zu speculiren. Das mögen wir uns in Erinnerung bringen, wenn wir versucht sein sollten, mit selbstgerechter Miene auf den traurigen Zustand des heutigen Italien zu blicken. Die Begriffe des Schicklichen sind nicht dieselben bei allen Völkern. Laxer sind die Sitten der Italiener in den Dingen der privaten Geschäftssphäre, das hat zu vielen anderen Beispielen auch die Untersuchung in der Tabaksangelegenheit gezeigt. Allein andererseits wären ohne Zweifel jene Geschäfte, welche die Bürger der alten Reichsstadt am Main betrieben, um sich um ihre bürgerliche Pflicht herumzuschleichen, überall sonst mit einem solchen Makel behaftet, daß sie unmöglich wären. Das Staatsgefühl ist bei den Italiern noch so wenig entwickelt als bei uns Deutschen, aber ihr Gefühl der nationalen Ehre ist unstreitig feiner und empfindlicher. Und nur in Einem können wir uns einer entschiedenen Ueberlegenheit rühmen: Deutschland besitzt eine starke Regierung, und wer je im Verdruß über die Langsamkeit oder die verkehrten Wege der Gesetzgebung vergessen würde, was dies in politischen Uebergangszeiten für ein Land werth ist, der mag am Beispiel Italiens erkennen, was die Folgen des Gegentheils, d. h. eines parlamentarischen Apparats ohne die Autorität einer starken Staatsgewalt sind.

W. L.